



Presseschau vom 04.02.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

vormittags:

timer-odessa.net: Die Zahl der Befürworter der Eurointegration in der Ukraine nimmt ab. Die Anzahl der Befürworter des Beitritts der Ukraine zur Europäischen Union sank im Dezember 2017 auf 50%.. Dies sind die Ergebnisse einer Umfrage, die das International Republican Institut (USA) im Dezember 2017 durchführte.

Nach Angaben des Instituts wünschen 50% der Befragten die Integration in die EU, 16% den Beitritt zur Zollunion, 10% wünschen keines von beidem, 24% waren unentschlossen.

Es sei anzumerken, dass die Umfrage die geringste Anzahl von Anhängern der Eurointegration ergab, angefangen vom März 2014. Die Zahl der Befürworter der Zollunion ist in den letzten drei Jahren stabil geblieben und schwankt zwischen 14% und 19%.

Traditionell sind die meisten EU-Optimisten im westlichen und zentralen Teil des Landes zu finden: 76% bzw. 55%. In den östlichen Regionen sind die Befürworter der Zollunion vorherrschend: es sind 33%, während nur 23% der EU beitreten wollen.

Im Süden wollen 43% der Befragten in die EU, 19% in die Zollunion.

de.sputniknews.com: Warum wagen die USA keine Sanktionen gegen Chinesen? Moskau erklärt

Washington verhängt Sanktionen nur, wenn dadurch für die USA keine Kosten entstehen. Diese Meinung vertritt Alexej Puschkow, Chef des Ausschusses für Informationspolitik beim Föderationsrat (russisches Oberhaus).

„Die USA sind eine opportunistische Weltmacht. Sie verhängen keine Sanktionen, die für sie

zu hohe Kosten mit sich bringen. Deswegen lassen sie China sowie Erdöl-Diktaturen in Ruhe. Das ist eine Preisfrage: Sanktionen werden nur verhängt, wenn es ein kostenloses Vergnügen ist“, schrieb der Senator auf Twitter.

Das US-Finanzministerium hatte zuvor den sogenannten „Kreml-Bericht“ veröffentlicht. Darin sind 114 russische Politiker sowie Beamte und 96 Geschäftsleute erwähnt. Die Liste sieht keine sofortigen Sanktionen gegen diese Personen vor, könnte aber eine künftige Verhängung bedeuten.

Wladimir Putin nannte den Bericht einen „unfreundlichen Akt“, der den ohnehin in einer schwierigen Lage befindlichen russisch-amerikanischen Beziehungen schade. Moskau werde jedoch von Gegenmaßnahmen absehen und die Entwicklung der Situation verfolgen, betonte der russische Präsident.

Lug-info.com: „In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen **einmal** das Regime der Feueinstellung verletzt und dabei 120- und 82mm-Mörser und Schützenpanzer verwendet. Beschossen wurden die Positionen der Volksmiliz der LVR im Gebiet von **Nishneje Losowoje**“, teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. **Zerstörungen von Gebäuden und Verletzte unter der Zivilbevölkerung und den Soldaten wurden nicht festgestellt.**

de.sputniknews.com: USA erneuern Atomwaffen-Doktrin – China nicht begeistert

Nach der Veröffentlichung ihrer neuen Atomwaffen-Doktrin ernten die Vereinigten Staaten nicht nur aus Russland, sondern auch aus China heftige Kritik.

Das vom Pentagon veröffentlichte Strategiepapier „enthält absurde Mutmaßungen über die Pläne Chinas und übertreibt die durch die chinesischen Atomwaffen bestehende Bedrohung“, erklärte das Verteidigungsministerium in Peking.

„Wir widersprechen dem entschieden, hieß es. China setze auf Verteidigung und werde nie als erster Atomwaffen einsetzen.

Bereits zuvor hatte sich Russland von der neuen Atomwaffen-Doktrin der USA enttäuscht gezeigt.

Das am Freitag veröffentlichte US-Dokument, das unter anderem den Bau von kleineren Atombomben vorsieht, sei konfliktgeladen und gegen Russland gerichtet, hieß es aus Moskau. Die iranische Regierung erklärte ihrerseits, die USA würden mit ihrer neuen Doktrin die Menschheit „an den Rand der Ausrottung bringen“.

Armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **18 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiet von **sieben Ortschaften der Republik** mit Mörsern des Kalibers 120 und 82mm, verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

de.sputniknews.com: Türkische Regierung droht mit Angriff auf US-Truppen in Syrien

Nach der Weigerung der USA, ihre Truppen aus dem nordsyrischen Manbidsch abzuziehen, warnt die Regierung in Ankara, dass in der Region operierende amerikanische Armeeangehörige Ziel eines neuen türkischen Militäreinsatzes werden können.

Die US-Hilfe für die kurdischen Volksverteidigungseinheiten YPG belastet seit Monaten die Beziehungen zwischen den USA und der Türkei, die die YPG als einen Arm der dort verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK ansieht. Ende Januar forderte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan die USA auf, ihre Truppen aus Manbidsch abzuziehen. Das US-Militär lehnte dies ab.

„Wenn die Terroristen (YPG – Red.) Manbidsch nicht verlassen, werden wir in dieser syrischen Region sowie östlich des Euphrat eine Militäroperation beginnen“, kündigte der

türkische Vizepremier Bekir Bozdag am Sonntag an.

„Dabei werden jene US-Armeeangehörige, die die YPG-Uniform tragen, eines der Ziele unserer Operation sein“, so Bozdag in einer Sendung des Senders CNN Turk.

Die türkische Armee hatte am 20. Januar eine Offensive gegen die YPG-Stellungen in der syrischen Region Afrin gestartet. Nach Angaben der Uno hat die „Operation Olivenzweig“ schon in den ersten Tagen mehreren Zivilisten das Leben gekostet.

Rund 6000 Menschen mussten aus dem Kriegsgebiet fliehen.

Die syrische Regierung verurteilt den türkischen Einmarsch. Russland, das in den vergangenen Jahren die syrischen Truppen im Kampf gegen die Terrormilizen IS und die al-Nusra-Front militärisch unterstützt hat, mahnte alle Konfliktparteien zu Zurückhaltung.

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 18.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse - Anm. d. Übers.).

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 332.

In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 506.

Wir erinnern daran, dass der geltende Waffenstillstand ab 1:00 (Moskauer Zeit) am 23. Dezember 2017 in Kraft trat.

Nachmittags:

ukrinform.ua: Hrojsman: 2018 wird das Jahr industrieller Entwicklung und des Wachstums sein

Die Politik der Regierung, die sich auf die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums richte, werde ermöglichen, 2018 zum Jahr der industriellen Entwicklung, der Gründung neuer Unternehmen und des Wachstums des Durchschnittslohns auf 10 000 Hrywnja (UAH) zu machen, sagte der Premierminister der Ukraine, Wolodymyr Hrojsman, im Gespräch mit den Mitarbeitern eines der Unternehmen der Leichtindustrie in der Ortschaft Boguslawe im Kiewer Gebiet, teilt die Regierungswebseite mit.

Laut dem Regierungschef gehört die Leichtindustrie zu Branchen, die Motoren der wirtschaftlichen Entwicklung sind. Die Aufgabe sei, dieses Potential zu entwickeln und den Unternehmen die Möglichkeit zu geben, neue Technologien zu gewinnen, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Einer der Schritte in diese Richtung sei die Annahme des neulich vorgelegten Pakets aus 35 wirtschaftlichen Gesetzesvorlagen, die den Schutz des Unternehmertums, den Zugang zu Ressourcen, Förderung von Innovation, etc. betreffen.

„Ich hätte gerne mehr Produktion, Anstieg der Löhne. Ich denke, dass das Durchschnittsgehalt in diesem Jahr rund 10 000 werden soll. Dies ist der Anfang... Für uns ist wichtig, dass wir bei der Annahme von Entscheidungen und Gesetzen Voraussetzungen für die Entwicklung des Unternehmertums schaffen“, sagte Hrojsman.

novorossia.su: IWF stellt Ukraine neues Ultimatum

Der Internationale Währungsfonds IWF nannte der Ukraine eine neue Bedingung, unter der ein neuer Kredit gewährt werden könnte.

Wie der ständige Vertreter des IWF in der Ukraine Yosta Ljungman erklärte, geht es dabei um die Erhöhung der Gastarife und das Einfrieren der Gehälter der Bürger. Laut Ljungman wirke sich eine Gehaltserhöhung negativ auf die ukrainische Wirtschaft aus. Er bemerkte, dass "es die Versuchung gibt, die Löhne schnell anzuheben, aber dies wird sich negativ auf das Wachstum der Wirtschaft auswirken".

Nach Meinung Ljungmans sollte die Ukraine die Gaspreise an die Höhe der Importe anpassen. Zuvor war schon berichtet worden, dass „Naftogas Ukraine“ eine Erhöhung der Gaspreise für die ukrainischen Verbraucher für den April dieses Jahres angekündigt hatte...

de.sputniknews.com: Nach Su-25-Abschuss: Syrien schickt Sonderkommando los
Nach dem Abschuss des russischen Su-25-Kampffjets in Nord-Syrien und einem russischen Vergeltungsschlag hat die syrische Armee nach Angaben eines russischen Parlamentariers eine Spezialeinheit in die Gegend entsandt.

Das Ziel sei es, die Reste des Flugabwehrsystems zu finden, mit dem der Jet vom Himmel geholt worden sei, teilte der Abgeordnete Viktor Wodolazki von der russischen Regierungspartei „Geeintes Russland“ in einem Sputnik-Gespräch mit.

„Wenn Bauteile dieses Fla-Systems entdeckt werden sollen, dann könnte man an der Markierung die Herkunft der Waffe erkennen“. Wenn das klappe, „werden wir schon in den nächsten Tagen wissen, in welcher Fabrik die Waffe gebaut wurde und wie sie in die Region kam“, so der Abgeordnete unter Berufung auf eigene Informanten. Demnach gibt die russische Luftwaffe der syrischen Spezialeinheit Deckung.

Die Su-25 war am Samstagnachmittag kurz vor dem Einflug in die Deeskalationszone Idlib abgeschossen worden. Nach Erkenntnissen des russischen Verteidigungsministeriums war eine Rakete von einem von der Terrormiliz al-Nusra-Front kontrollierten Gebiet aus abgefeuert worden.

Der Pilot rettete sich zwar mit dem Schleudersitz, wurde jedoch auf dem Boden bei einem Schusswechsel mit Angreifern getötet. Kurz danach bekannte sich die al-Nusra-Front zu der Tat. Am selben Tag griff das russische Militär die Gegend massiv mit Präzisionswaffen an und tötete nach eigenen Angaben mindestens 30 Terrorkämpfer.

Laut dem russischen Verteidigungsministerium wurde die Su-25 mit einer schultergestützten Flugabwehrrakete vom Himmel geholt. Solche Waffen kamen in dem seit 2011 andauernden Syrien-Krieg bisher kaum zum Einsatz.

Der russische Sicherheitspolitiker Franz Klinzewitsch schloss nicht aus, dass die USA solche Waffen an die Rebellen geliefert haben könnten. Das Pentagon bestritt dies.

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

Die Lage in der DVR **bleibt angespannt.**

In Richtung Donezk hat der Gegner Mörser, Schützenpanzerwaffen, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet.

Auf die Gebiete der Ortschaften **Jasinowataja, Dokutschajewsk, Staromichajlowka, das Gebiet des Flughafens und den Petrowskij-Bezirk von Donezk** wurden 43 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 50 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen.

In Richtung Mariupol wurden die Gebiete der Ortschaften **Leninskoje und Derschinskoje** beschossen. Der Gegner verwendete verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden 18 Verletzungen des Regimes der

Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Im diesem Zeitraum sind Provokationen der ukrainischen Streitkräfte möglich, um den Amerikanern eine gespannte Lage zu zeigen und die Streitkräfte der DVR der Verletzung des Regimes der Feueinstellung zu beschuldigen.

Die Marionettenführung der Ukraine beendet die Versuch, den Konflikt im Südosten des Landes auf militärischem Weg zu lösen, nicht und versucht es ihren westlichen Herren Recht zu machen.

Im Verantwortungsbereich der 93. mechanisierten Brigade im Gebiet von Wolnowacha wurde die Ankunft **einer Gruppe ausländischer Instrukteure unter Leitung eines Vertreters der Streitkräfte Großbritanniens** bemerkt, die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte in Diversions- und Sabotageangelegenheiten ausbilden soll.

Außerdem ist im Zeitraum vom 5. bis 8. Februar in der „ATO“-Zone die Ankunft einer Delegation der Streitkräfte der USA geplant, die die Ausgabe der zugeteilten finanziellen Mittel für die Versorgung kontrollieren und sich mit der Lage der Dinge in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte bekannt machen wird.

Ich will anmerken, dass die Rotationsmaßnahmen in Richtung Mariupol abgeschlossen sind, die 36. Marineinfanteriebrigade hat die 59. Panzergrenadierbrigade abgelöst.

Ich erinnere daran, dass am 9. Mai 2017 pronazistisch eingestellte Soldaten von Einheiten der 36. Marineinfanteriebrigade mit Unterstützung des Regiments „Asow“ und der 40.

Artilleriebrigade Besymennoje mit schwerer Artillerie beschossen haben, in der Folge wurden sieben Wohnhäuser beschädigt.

Während des Aufenthalts an ihrem ständigen Dislozierungspunkt haben die Einheiten der 36. Brigade an NATO-Übungen in Georgien teilgenommen und unter Führung ausländischer Instrukteure die Durchführung von Diversions- und Erkundungsaktivitäten erarbeitet.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass der Kommandeur der 36. Marineinfanteriebrigade, der Verbrecher Deljatizkij, in der nächsten Zeit den Befehl zur Durchführung provokativer Handlungen und zur Erprobung der erlernten Fertigkeiten in der Praxis in seinem Verantwortungsbereich geben wird.

de.sputniknews.com: Protestzug in Kiew: Saakaschwili erzählt von Poroschenkos „eisernen Windeln“

Der ehemalige georgische Präsident und jetzige ukrainische Oppositionspolitiker Michail Saakaschwili hat dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko einen Versuch vorgeworfen, seine Protestaktion in Kiew zu verhindern. Angeblich zu diesem Zweck installierte Metallkonstruktionen bezeichnete Saakaschwili in einem Interview als „eiserne Windeln“.

Saakaschwilis Anhänger versammelten sich am Sonntag für einen Protestmarsch im Kiews Zentrum. Sie verlangen die Amtsenthebung von Poroschenko, berichtet ein Sputnik-Korrespondent vor Ort.

Kiews Behörden sollen am Tag zuvor auf der zentralen Straße, dem Chreschtschatyk, Konstruktionen aus Metall installiert haben. In dem Interview mit dem ukrainischen Fernsehsender NewsOne bezeichnete der Oppositionspolitiker das als Versuch, die Demonstration zu verhindern.

„In der Wirklichkeit hat der verängstigte Petro von den Malediven für sich eiserne Windeln gestellt, damit wir dort unsere Bühne nicht montieren können“, so Saakaschwili.

Im Taras Schewtschenko Park neben dem Chreschtschatyk befinden sich bereits Tausende Menschen mit ukrainischen Flaggen und schwarz-roten Flaggen der Nationalisten, meldet unser Korrespondent. Immer mehr Menschen kommen an. An der Aktion wird auch Saakaschwili selbst teilnehmen.

Ursprünglich wollten die Anhänger des Politikers durch den Chreschtschatyk zum Platz Majdan Nesaleschnosti marschieren, wo sich übliche Protestaktionen in Kiew abspielen. Die

Organisatoren änderten aber die Route des Zuges, damit es zu keinen Provokationen seitens der Teilnehmer anderer Demos kommt.

Die Sicherheitsmaßnahmen in Kiew Zentrum wurden wegen der Massenveranstaltungen verstärkt. Rund 2000 Polizisten und Gardisten patrouillieren in der Stadtmitte.



https://scontent-frt3-2.xx.fbcdn.net/v/t1.0-9/27655523_10215624001858213_6177862715945729710_n.jpg?oh=437ec9bf51ee1f2ba2dc34d91b6b1dbd&oe=5B1328F4

de.sputniknews.com: Ukrainischer Botschafter in Berlin droht deutschen Parlamentariern
Die Reise deutscher Landtagsabgeordneter auf die Krim hat beim ukrainischen Botschafter in Berlin eine heftige Reaktion ausgelöst: Der Diplomat stellte den betreffenden Parlamentariern „traurige Konsequenzen“ in Aussicht.

Eine Delegation mit Vertretern von drei deutschen Länderparlamenten war am Samstag zu einem einwöchigen Besuch auf der Krim eingetroffen, nach eigenen Angaben um ein Zeichen für die Zusammenarbeit mit Russland zu setzen.

In seiner Reaktion auf Twitter bezeichnete der ukrainische Botschafter in Berlin, Andrij Melnyk, die Reise als "verantwortungslos" und die deutschen Delegierten selbst als „traurige Abgeordnete“.

Diese Reise werde für sie „sehr traurige rechtliche Folgen“ nach sich ziehen, warnte der Diplomat. „Es ist schade, dass unsere Warnungen bislang nicht ernst genommen worden sind. Nun wollen wir aber mal sehen.“...

Lug-info.com: Mitteilungen des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich verändert und **bleibt angespannt**.

Insgesamt wurde in den letzten 24 Stunden eine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung im Gebiet von Nishneje Losowoje festgestellt. Beim Beschuss der Positionen unserer Einheiten haben die ukrainischen Streitkräfte von den Minsker Vereinbarungen verbotene 120mm- und 82mm-Mörser sowie Schützenpanzerwaffen verwendet.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 25 Mörser- und Granatgeschosse abgeschossen.

Trotz der Aufrufe der Weltöffentlichkeit zu einer Lösung des militärischen Konflikts im Donbass auf friedlichem Weg strebt das verbrecherische Regime Poroschenko wie zuvor eine gewaltsame Einnahme unseres Territoriums an. Mit diesem Ziel führt das Kommando der ukrainischen Streitkräfte eine Umgruppierung von Kräften und eine Verlagerung von verbotenen Waffen an die Kontaktlinie durch.

So wurden im Gebiet von Nowoluganskoje zwei 122mm-Haubitzen D-30 entdeckt.

Im Gebiet von Luganskoje wurde die Stationierung von Feuerpositionen mit 5 Mannschaften mit 120mm-Mörsern bemerkt.

Im Gebiet von Popasnaja wurde die Verlagerung von drei 122mm-Artilleriegeschützen „Gwodika“ bemerkt, die sich Richtung Kontaktlinie bewegten.

So betrachten die ukrainischen Strafruppen weiterhin eine militärische Variante der Lösung des Konflikts im Südosten als grundlegend und nutzen auch das Regime der Feueereinstellung zur Konzentration von militärischem Potential.

In den Reihen der ukrainischen Armee gibt es weiter Fälle nicht kampfbedingter Verluste an Personal.

Der Soldat des 46. Spezialbataillons Pawljutschenko beging Selbstmord, weil er den Druck und die Willkür von Seiten des Kompaniekommandeurs nicht ertrug. Es ist bekannt, dass das moralisch-psychische Niveau der Soldaten dieses Bataillons äußerst niedrig ist.

Ein weiterer Fall von nicht kampfbedingten Verlusten erfolgte im 1. Bataillon der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte, wo am 2. Februar in der Folge von Verletzungen der Sicherheitsvorschriften beim Umgang mit Sprengstoffen der Soldat Gawrilenko verletzt wurde.

Der Soldat befindet sich zurzeit im 59. militärmedizinischen Krankenhaus in Sewerodonezk.

de.sputniknews.com: Neue Doping-Berichte: Hunderte westliche Sportler unter Betrugsverdacht

Die Berichte um das angeblich systematische Doping unter russischen Sportlern haben hohe Wellen geschlagen, aufwendige Ermittlungen laufen an. Neue Erkenntnisse zeigen allerdings, dass etwa im Ski-Langlauf deutlich mehr westliche Sportler unter Doping-Verdacht stehen, jedoch trotzdem ungestört auftreten dürfen. Der mediale Aufschrei bleibt aus.

Laut einem Bericht des Nachrichtenmagazins „Spiegel“, das sich auf eine Untersuchung des Recherchenetzwerks aus der ARD-Dopingredaktion, der britischen "Sunday Times", des schwedischen Senders SVT und des Online-Magazins "republik.ch" bezieht, gerieten bei Olympia und Weltmeisterschaften im Ski-Langlauf zwischen 2001 und 2017 Hunderte Sportler und Medaillengewinner unter Doping-Verdacht.

313 Medaillen seien an Ski-Langläufer mit „verdächtigen oder sehr verdächtigen“ Blutwerten vergeben worden, 91 dieser Medaillen seien Goldmedaillen gewesen.

Damit wurde fast die Hälfte aller Langlauf-Medaillen in dieser Zeit von Sportlern mit auffälligen Dopingtest-Ergebnissen gewonnen, dennoch sind mehr als 50 dieser Athleten auch für die Olympischen Spiele im südkoreanischen Pyeongchang qualifiziert.

„Es gibt eine beachtliche Zahl von Medaillengewinnern mit ungewöhnlichen oder höchst ungewöhnlichen Blutprofilen“, zitiert das Blatt den amerikanischen Mediziner James Stray-Gunderson, der früher mit dem Internationalen Skiverband (FIS) zusammengearbeitet hatte. Das alles weise klar auf die „beachtliche Verbreitung von Doping im Skilanglauf“, denn bei dem überwiegenden Teil der auffälligen Proben käme keine andere Erklärung als Doping in

Betracht.

Doppelmoral der Sportwelt

Doch wo bleiben der Aufschrei der Sport- und Medienwelt und die imposant inszenierten Untersuchungen der WADA gegen die Sportler?

Diese bleiben in der Tat aus. Kein Wunder: Denn auf der Grundlage dieser Berichte müssten die Untersuchungen vor allem westliche Sportler treffen.

Von den 313 Medaillen, die Sportler mit anormalen Blutwerten gewonnen hätten, seien nämlich zwar 60 nach Russland vergeben worden, allein Norwegen, Deutschland, Schweden und Italien kämen aber auf mehr als 100 dieser „anormalen“ Medaillengewinne.

Auch die restlichen Medaillengewinner mit verdächtigen Blutwerten stammen hauptsächlich aus westlichen Ländern.

Der Großteil der mutmaßlichen Dopingsünder stammt somit keineswegs aus Russland, sondern vor allem aus dem Westen, der sich gerne als der Vorkämpfer gegen das Doping inszeniert.

Die Doppelmoral im Umgang mit diesem Problem liegt auf der Hand:

Während die internationalen Sportgremien eine Sanktion nach der anderen gegen den russischen Olympischen Sport und nachweislich auch gegen „saubere Athleten“ verhängen, bleiben Untersuchungen und Strafmaßnahmen gegen westliche Sportler aus.

Deutsche Institutionen versuchen unterdessen die Berichte zu relativieren. Laut „Spiegel“ wollte der Deutsche Olympische Sportbund zunächst keine Stellungnahme zu den Berichten abgeben.

"Wir brauchen noch mehr Informationen", zitiert das Blatt die DOSB-Sprecherin Ulrike Spitz.

Die „Sportschau“ merkt in ihrem Bericht nur kurz am Ende an:

„Die größte Anzahl an Athleten mit verdächtigen Werten stammt aus Russland. Doch andere erfolgreiche Skilanglaufnationen sind ebenso vertreten: Medaillengewinner aus Norwegen mit auffälligen Werten. Ebenso Stars aus Schweden, aus Österreich, aus Deutschland.“

de.sputniknews.com: Nach Vorschlag des IOC-Chefs: Oberhauschefin fordert Reform von IOC und Wada

Die Vorsitzende des Föderationsrates (russisches Parlamentsoberhaus), Valentina Matwijenko, hält es für möglich, eine Reform des Internationalen Olympischen Komitees sowie der Welt-Anti-Doping-Agentur (Wada) zu erörtern. Damit kommentierte sie den Vorschlag von IOC-Chef Thomas Bach, den Internationalen Sportgerichtshof CAS zu reformieren.

„Man kann natürlich darüber sprechen, dass der Internationale Sportgerichtshof reformiert werden soll, besonders nachdem das IOC mit dessen Entscheidung unzufrieden war. Aber dann ist es auch völlig selbstverständlich, über eine Reform der Wada sowie des IOC nachzudenken, unter anderem wegen deren Unfähigkeit, im Rahmen demokratischer Verfahren zu handeln. Denn dies ist ein klares Zeichen für eine Entartung des ursprünglichen Sinnes der olympischen Bewegung sowie des olympischen Geistes dieser Organisationen“, sagte Matwijenko am Sonntag zu Journalisten.

Die Politikerin warf dem IOC und der Wada vor, dass diese Organisationen den internationalen Sport und die olympische Bewegung kommerzialisiert hätten.

Außerdem betonte Matwijenko, Russland bedanke sich beim CAS für die objektive Entscheidung zu den russischen Sportlern.

Michail Degtjarjow, Vorsitzender des Dumausschusses für Sport, forderte am Sonntag ebenfalls eine Reform des IOC. Den Vorschlag des IOC-Präsidenten bezeichnete er als „diskriminierend“.

Am Sonntag hatte IOC-Präsident Thomas Bach eine Reform des Internationalen Sportgerichtshofs CAS gefordert. Das IOC ist mit der CAS-Entscheidung unzufrieden, die vom IOC verhängten lebenslangen Olympiasperren gegen 28 russische Wintersportler aufzuheben. Der Sportgerichtshof gab zur Begründung an, keine individuellen Verstöße gegen

Anti-Doping-Regeln feststellen zu können. Die von den Athleten bei den Olympischen Winterspielen 2014 in Sotschi erzielten Erfolge sind auch wieder gültig.

Wpered.su: Heute, am 4. Februar, dem 75. Jahrestag der Schlacht von Stalingrad, besuchten Kommunisten, Komsomolzen und Pioniere der DVR das Museum „Deinen Befreier, Donbass“ in Donezk. Die Anwesenden ehrten das Andenken der bei Stalingrad gefallenen Rotarmisten.

„Wenn es die Schlacht von Stalingrad nicht gegeben hätte, so wäre auch der Donbass nicht befreit worden. Denn die Soldaten, die Stalingrad befreiten, haben auch unsere Heimat befreit. Sie haben ihr Opfer für die sozialistische Heimat gebracht. Diese Stadt wird mit dem Namen Josif Stalins, dem Führer und der treibenden Kraft der Siege assoziiert. Wir, die Einwohner von Donezk, des ehemaligen Stalino, widerstehen auch den Nachfolgern derer, die seinerzeit auf ukrainischer Erde den deutschen Faschismus begrüßt haben. Aber heute kämpfen im Donbass nicht nur die Einwohner der DVR gegen den ukrainischen Faschismus, sondern auch Freiwillige aus verschiedenen Regionen Russlands. Diese Brüderlichkeit der Völker hat uns zu solchen Heldentaten begeistert, wie sie unsere Väter und Großväter in der Schlacht von Stalingrad und im Großen Vaterländischen Krieg vollbracht haben!“, erklärte der erste Sekretär des ZK der KP der DVR Boris Litwinow während der Kundgebung, die die Kommunisten am Museum organisiert hatten.

Zum Abschluss der Veranstaltung legten die Anwesenden Blumen am Ewigen Feuer nieder.



http://wpered.su/wp-content/uploads/2018/02/IMG_20180204_180837-768x468.jpg

de.sputniknews.com: Neue Anti-Russlands-Sanktionen: US-Finanzministerium warnt vor globalen Turbulenzen

Das Verhängen von Sanktionen gegen den Markt der russischen Staatsschulden ist laut dem US-Finanzministerium für die globale Wirtschaft und die Interessen der USA gefährlich und kann globale finanzielle Turbulenzen verursachen. Dies berichtete die Nachrichtenagentur „Bloomberg“ unter Verweis auf einen Bericht, der dem US-Kongress vorgelegt wurde. In dem Bericht des US-Finanzministeriums, der auch der Nachrichtenagentur „Bloomberg“ vorliegt, heißt es, dass die Ausweitung der Sanktionen auf neue russische Staatsschulden und

Derivate die Märkte destabilisieren und negative Auswirkungen außerhalb Russlands verursachen könne, unter anderem auf die globalen Finanzmärkte und Unternehmen. Ein Verbot des Verkaufs russischer Staatsanleihen könnte sich negativ auf das russische Wirtschaftswachstum auswirken, die Belastung des Bankensektors erhöhen und Gegenmaßnahmen von Seiten Russlands hervorrufen, die den Interessen der USA widersprechen würden.

Zudem könnte die Ausweitung der Sanktionen sich negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit der großen US-Vermögensverwalter auswirken.

Deshalb gebe das Finanzministerium zu verstehen, dass die Regierung Trump gegenüber der möglichen Einleitung von Einschränkungmaßnahmen gegen russische Staatsanleihen skeptisch sei, so die Nachrichtenagentur.

Laut Bloomberg hätten die Investoren die Erkenntnisse in dem Bericht in dem Sinne bewertet, dass die USA mögliche Einschränkungen des Marktes der Staatsanleihen vom Tisch gewischt hätten — trotz des Drucks des Kongresses, der zusätzliche Sanktionen gegen Russland wegen dessen angeblichen Einmischung in die US-Präsidentenwahlen 2016 fordere. Deshalb seien die russischen Vermögenswerte in dieser Woche „gestiegen“.

„Der Anleihenmarkt ist zu folgendem Schluss gekommen: Da Einschränkungen die amerikanischen und europäischen Investoren beeinträchtigen würden, werden die Sanktionen auch nicht eingesetzt“, zitiert die Nachrichtenagentur den Chef der Abteilung für Anleihenhandel der „Asian Pacific Bank“ in Moskau, Maxim Tscherenow.

In der vergangenen Woche hatte die internationale Rating-Agentur Moody's den Rating-Ausblick für Russland von „stabil“ auf „positiv“ geändert.

Entsprechend einem im August 2017 verabschiedeten Gesetz hatte der US-Kongress das Finanzministerium damit beauftragt, einen Bericht über die Auswirkungen möglicher Sanktionen auf die russische Staatsverschuldung zu verfassen. Am Montag wurde der Bericht dem Kongress vorgelegt, allerdings wurden seine Ergebnisse bislang nicht veröffentlicht. Der Bericht sei ein weiterer Fall, in dem die Administration Trump offenbar ihre Haltung gegenüber Russland dämpfe, schreibt die Nachrichtenagentur und verweist darauf, dass die US-Regierung sich geweigert habe, neue Sanktionen gegen die russische Rüstungsindustrie zu verhängen, und eine Liste von „Oligarchen“ veröffentlicht habe, die „weniger durchdacht“ sei, als erwartet.

Laut der Nachrichtenagentur gehört mehr als ein Drittel der russischen Staatsanleihen, in Rubel sowie in ausländischer Währung, Investoren im Ausland. Die drei größten Inhaber von russischen Rubel-Staatsanleihen seien „Black Rock Inc.“, „Stone Harbor Investment Partners“ und „JPMorgan Chase & Co.“, deren Gesamtinvestitionen 4,9 Milliarden US-Dollar ausmachen würden.

Der Bericht zu möglichen Sanktionen gegen die russische Staatsverschuldung soll laut Gesetz zwar offen zugänglich sein, könne jedoch einen geheimen Anhang haben. Der Nachrichtenagentur „Bloomberg“ liegt lediglich der nicht-geheime Teil des Berichts vor. Ein Sprecher des Finanzministeriums wollte nicht kommentieren, warum das Ministerium den Bericht nicht veröffentlicht hatte.

Allerdings schließe das US-Finanzministerium Sanktionen gegen die russische Staatsverschuldung noch nicht aus, teilte der stellvertretende Finanzminister für internationale Angelegenheiten, David Malpass, der Agentur „Bloomberg“ mit: Das Ministerium werde „alle Optionen in Betracht ziehen“, schrieb er in seiner E-Mail-Antwort. Der Bericht sei eine Analyse möglicher Auswirkungen und keineswegs eine Road-Map. Das Ministerium „telegrafiere“ seine zukünftigen Handlungen nicht.